

Wirtschaft im Wandel

2/2024

19. Juni 2024, 30. Jahrgang



Reint Gropp, Oliver Holtemöller **s. 27**

Effiziente grüne Transformation

Oliver Holtemöller **s. 28**
Aktuelle Trends: Rückgang der
Treibhausgasemissionen im Jahr
2023 etwa zur Hälfte durch
Produktionsrückgang bedingt

Michael Koetter, Noel Nietzold **s. 29**
Drehtüren in den Vorstandsetagen
der Finanzaufsicht: Sind Banker oder
Bürokraten die besseren Aufseher?

Matthias Mertens, Steffen Müller,
Georg Neuschäffer **s. 33**
Rent-Sharing und Energiekosten:
In welchem Umfang geben Industrie-
unternehmen Gewinne und Verluste
an ihre Beschäftigten weiter?

Inhaltsverzeichnis

- 27 **Kommentar: Effiziente grüne Transformation**
Reint Gropp, Oliver Holtemöller
- 28 **Aktuelle Trends: Rückgang der Treibhausgasemissionen im Jahr 2023 etwa zur Hälfte durch Produktionsrückgang bedingt**
Oliver Holtemöller
- 29 **Drehtüren in den Vorstandsetagen der Finanzaufsicht: Sind Banker oder Bürokraten die besseren Aufseher?**
Michael Koetter, Noel Nietzold
- 33 **Rent-Sharing und Energiekosten: In welchem Umfang geben Industrieunternehmen Gewinne und Verluste an ihre Beschäftigten weiter?**
Matthias Mertens, Steffen Müller, Georg Neuschäffer
- 37 **Meldungen**
- 39 **Veranstaltungen**
- 41 **Publikationen**
- 42 **Diskussionspapiere**
- 44 **Pressemitteilungen**
- 45 **Das IWH in den Medien**
- 47 **Personalien**

Effiziente grüne Transformation

Reint Gropp, Präsident des IWH

Oliver Holtemöller, Vizepräsident des IWH



Der deutschen Klimapolitik fehlt die große strategische Linie. Die Menschen werden sich nur dann für mehr Klimaschutz einsetzen und bereit sein, dafür finanzielle Opfer zu bringen, wenn die Lasten des Strukturwandels gerecht verteilt sind. Gerecht heißt, dass dort klimaschädliche Gase eingespart werden, wo es am kostengünstigsten ist. Ohne Märkte und die richtigen Preisanreize geht das nicht.

In unseren Augen gibt es sechs entscheidende Punkte, die eine gute Klimapolitik ausmachen. **Erstens**, die entscheidende Instanz bei der grünen Transformation ist die Europäische Union. Maßnahmen, die nur innerhalb eines Staates wirken, sind ineffektiv und sogar kontraproduktiv. Deutschlands gegenwärtige Klimaziele sind ehrgeiziger als die der EU. EU-weit werden dadurch nicht weniger Treibhausgase ausgestoßen, aber die Anpassungslasten zuungunsten Deutschlands verteilt. Darum braucht es eine einheitliche Obergrenze für Treibhausgase auf der EU-Ebene.

Zweitens, diese Obergrenze bestimmt die Anzahl der CO₂-Zertifikate. Die Menge der Zertifikate sollte mit der Zeit abnehmen, und dies sollte langfristig und transparent kommuniziert werden, damit Unternehmen und Haushalte planen können. Somit steigt zunächst der CO₂-Preis. Haben alle Sektoren auf eine überwiegend CO₂-freie Energieversorgung umgestellt, sinkt der Preis. Der Zertifikatehandel sollte europaweit und sektorübergreifend erfolgen, womit durch die von der EU-Kommission beschlossene Reform des Emissionshandels (EU-ETS II) ab dem Jahr 2027 zu rechnen ist. Verbote sind nicht hilfreich: Würde etwa der Verkehrssektor besonders viel CO₂ reduzieren, weil Sonntagsfahrten untersagt wären, würde der dadurch niedrigere CO₂-Preis Einsparungen oder Innovationen in anderen Bereichen ausbremsen.

Drittens müssen Klimazölle eingeführt werden. Handelspolitik und somit auch Zölle werden auf EU-Ebene entschieden. Da Klimazölle mit dem CO₂-Preis korrespondieren müssen, müssen folglich auch die Klimaziele auf EU-Ebene festgelegt werden. Die Kommission hat beschlossen, Klimazölle ab 2026 einzuführen. Das

bedeutet: Je größer der CO₂-Fußabdruck eines Produkts, desto höher der Zoll. Selbst eine Klimapolitik auf EU-Ebene wirkt nur mit Klimazöllen effektiv auf den globalen Ausstoß von Treibhausgasen.

Viertens, Prognosen zeigen, dass der Stromverbrauch bis 2030 um rund 50% steigen wird. Die steigende Nachfrage können Windräder und Solarzellen nicht decken, zumal die Verstromung von Kohle beendet wird. Deutschland muss also mehr klimaneutralen Strom produzieren und dafür weitere Energiequellen erschließen. Aus Klimaperspektive sollte auch Atomkraft nicht völlig ausgeschlossen werden.

Aufgrund der Pfadabhängigkeit von Forschung sollte, **fünftens**, die Forschung und Entwicklung von Energieeffizienz und -innovationen stärker gefördert werden. Selbst unter optimistischen Annahmen wird sich der Ausstoß von Treibhausgasen wohl nicht auf null reduzieren lassen. Deshalb sollten Technologien, mit denen man Kohlendioxid aus der Atmosphäre holen kann, besonders beachtet werden.

Wie jeder Strukturwandel führt auch die grüne Transformation zu sozialen Härten. Diese Lasten sollten, **sechstens**, innerhalb des bestehenden Sozialsystems abgefedert werden. Dabei sollten staatliche Hilfen nur bedürftigen Haushalten zugutekommen und Subventionen, wenn überhaupt, nur an Unternehmen fließen, wenn die Anreize, CO₂ einzusparen, gewahrt bleiben. Für den Erfolg der grünen Transformation braucht es diese sechs Punkte, nicht mehr und nicht weniger. Wir sind der Meinung, dass eine klare Kommunikation dieser Punkte durch den Staat nicht nur zu einer Minimierung der Anpassungslast bei der Transformation zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft, sondern auch zu einer deutlich besseren Akzeptanz der notwendigen Veränderungen bei Unternehmen und Haushalten führen würde.¹

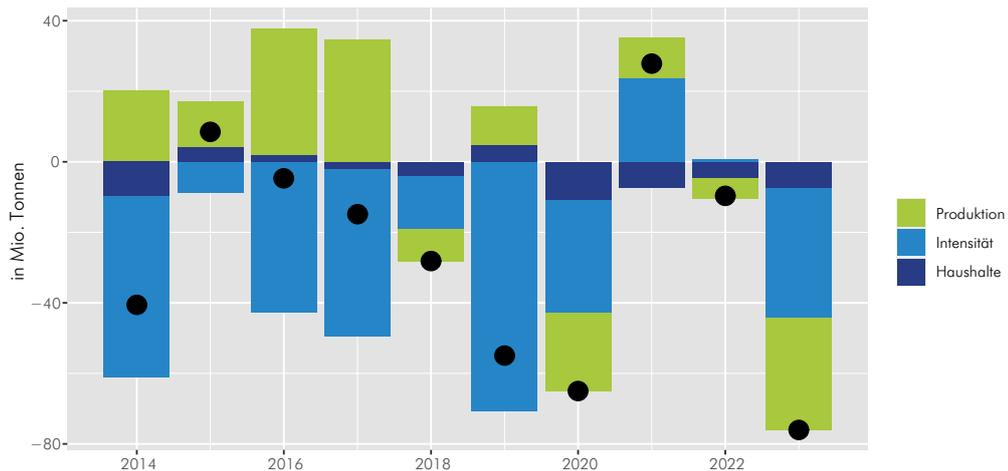
¹ Die ausführliche Originalfassung dieses Kommentars erschien am 17. Juni 2024 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Aktuelle Trends: Rückgang der Treibhausgasemissionen im Jahr 2023 etwa zur Hälfte durch Produktionsrückgang bedingt

Oliver Holtemöller

Veränderung der Treibhausgasemissionen

Kohlendioxid-Äquivalente, gegenüber Vorjahr



Quellen: Eurostat, Umweltbundesamt, Berechnungen des IWH. Daten zu den Emissionen nach Wirtschaftszweigen liegen bis zum Jahr 2022 vor. Die Emissionsintensität wurde je Wirtschaftszweig mit univariaten Zeitreihenmodellen (ARIMA-Modelle) fortgeschrieben und mit Hilfe der jeweiligen Bruttowertschöpfung die Emissionen nach Wirtschaftszweig im Jahr 2023 geschätzt. Die Emissionen der privaten Haushalte wurden direkt mit einem univariaten Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Die Emissionen wurden anschließend so normiert, dass sie insgesamt die Gesamtemissionen des Jahres 2023 ergeben.

Die Treibhausgasemissionen sind im Jahr 2023 in Deutschland um 76 Mio. Tonnen von 750 Mio. Tonnen im Jahr zuvor auf 674 Mio. Tonnen zurückgegangen.¹ Der Rückgang fiel damit deutlich stärker aus als in den Jahren zuvor. Die Abnahme insgesamt lässt sich rechnerisch in drei Beiträge zerlegen: (1) Rückgang der Produktion, (2) Rückgang der Treibhausgasemissionen je Euro Produktion (Emissionsintensität) und (3) Rückgang der Treibhausgasemissionen der privaten Haushalte (vgl. Abbildung). Wie auch schon im Jahr 2020, als die Produktion pandemiebedingt in vielen Bereichen eingebrochen ist, geht der Rückgang der Treibhausgasemissionen im Jahr 2023 etwa zur Hälfte darauf zurück, dass in einigen emissionsstarken Bereichen im Produzierenden Gewerbe die Produktion deutlich zurückgegangen ist.² Der Anteil des Produ-

zierenden Gewerbes an den gesamten Treibhausgasemissionen ist damit geringer geworden. In den anderen Wirtschaftsbereichen sind die Emissionen nicht so stark gesunken; in anderen emissionsstarken Bereichen wie etwa der Landwirtschaft oder dem Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe gab es zuletzt kaum Verbesserungen bei der Emissionsintensität. 

[bild/treibhausgas-emissionen-auf-makroebene-0](#)). Dies liegt vor allem daran, dass dort das Bruttoinlandsprodukt insgesamt je Einwohner betrachtet wird, während hier die Produktion und die Emissionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen separat betrachtet werden.



Professor Dr. Oliver Holtemöller

Stellvertretender Präsident, Leiter der Abteilung Makroökonomik

Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

1 Umweltbundesamt: Nationale Treibhausgas-Inventare 1990 bis 2022. UBA-Pressmitteilung 11/2024.

2 Das Umweltbundesamt kommt in einer Komponentenzerlegung auf einen geringeren Anteil des Produktionsrückgangs am gesamten Rückgang der Emissionen (<https://www.umweltbundesamt.de/>

Drehtüren in den Vorstandsetagen der Finanzaufsicht: Sind Banker oder Bürokraten die besseren Aufseher?

Michael Koetter, Noel Nietzold

Der „umgekehrte Drehtüreffekt“ beschreibt das Phänomen, wenn ehemalige Bankerinnen und Banker Vorstandspositionen in nationalen Aufsichtsbehörden (National Supervisory Agency, NSA) bekleiden. Ein neu erhobener Datensatz zeigt, dass etwa ein Drittel der Vorstandsmitglieder in europäischen NSA vorher in der Finanzindustrie tätig war. Die Bestellung ehemaliger Banker in NSA-Vorstände geht mit positiven Börsenreaktionen einher, was auf eine „Näheprämie“ in der Bewertung beaufsichtigter Banken hindeutet. Im Gegensatz dazu ruft die Berufung von Bürokraten ohne praktische Vorkenntnisse in der Bankenwelt negative Börsenreaktionen hervor. Bis zur Einführung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) in Europa korreliert die Präsenz ehemaliger Banker in NSA-Vorständen mit einer geringeren regulatorischen Kapitalquote, was auf einen nachsichtigeren Aufsichtsstil schließen lässt.

JEL-Klassifikation: G14, G21, G28

Schlagwörter: Bankenaufsicht, Interessenskonflikte, umgekehrte Drehtür

Die Verflechtung von Finanzbranche und Bankenaufsicht

Der Austausch von Fachkräften zwischen dem Finanzsektor und Regulierungsbehörden ist ein bekanntes Phänomen, das oft als „Drehtüreffekt“ bezeichnet wird. Meist wird der Wechsel von Mitarbeitenden aus Regulierungsbehörden in die Finanzindustrie in den Vereinigten Staaten untersucht. Daneben gibt es auch eine weniger erforschte, aber ebenso bedeutende Kehrseite: den Wechsel aus der Finanzbranche in nationale Aufsichtsbehörden, den so genannten „umgekehrten Drehtüreffekt“.

Ob diese umgekehrte Drehtür die Effektivität der Bankenaufsicht positiv oder negativ beeinflusst, ist im Vorhinein unklar. Wenn ehemalige Bankangestellte in Aufsichtsbehörden ernannt werden, kann dieser Transfer von Branchenkenntnissen zu einer qualitativ besseren Regulierung führen. Andererseits besteht das Risiko von Interessenskonflikten und weniger strenger Aufsicht. Der „umgekehrte Drehtüreffekt“ könnte somit tiefgreifende Auswirkungen auf die Art und Weise haben, wie Banken reguliert werden und wie sie auf regulatorische Vorgaben reagieren. Weil nationale Bankenaufsichtsbehörden eine entscheidende Rolle in der Überwachung und Regulierung des europäischen Finanzsektors einnehmen, kommt dieser Dynamik insbesondere in Europa eine besondere Bedeutung zu.

Der diesem Artikel zugrunde liegende Forschungsbeitrag widmet sich eingehend der Untersuchung des Ausmaßes und der Folgen des umgekehrten Drehtüreffekts.¹ Die Studie untersucht die Karrierepfade von Exekutivdirektorinnen und -direktoren in nationalen Aufsichtsbehörden. Sie zeigt, wie diese die Regulierung von Banken beeinflussen und wie Finanzsektor und Aufsichtsorgane interagieren. Die Erkenntnisse sind von Bedeutung, um zu verstehen, wie personelle Überschneidungen zwischen Banken und ihren Regulierungsbehörden das Finanzsystem in seiner Stabilität und Integrität beeinflussen können.

Daten und Methodik

Die Studie untersucht die Karrierewege von 185 Führungskräften in 13 nationalen Aufsichtsbehörden, welche für die Bankenaufsicht in den zehn größten EU-Volkswirtschaften zwischen 2002 und 2019 verantwortlich waren. Die manuelle Erhebung der Lebensläufe dieser Direktorinnen und Direktoren erlaubt es, Karrierepfade nachzuvollziehen und die exakten Zeitpunkte der Ankündigung ihrer Ernennungen zu bestimmen. Ergänzend zu dieser manuellen

¹ Vgl. Colonnello, S.; Koetter, M.; Scip, A.; Wagner, K.: The Reverse Revolving Door in the Supervision of European Banks. *IWH Discussion Paper 25/2023*. Halle (Saale) 2023.

Erhebung wurde eine alternative Datenbank aus der BoardEx-Datenbank für den gleichen Zeitraum erstellt, um Ernennungen im Finanzsektor mit denen in anderen Wirtschaftssektoren zu vergleichen. Für die Analyse der Auswirkungen dieser Ernennungen auf die Finanzmärkte wurde das Augenmerk auf gelistete Banken gelegt, die vom Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde als systemrelevant eingestuft wurden. Für diese Banken wurden Börsen- und Rechnungslegungsdaten aus verschiedenen Quellen bezogen und überprüft.

Die Dynamik der „umgekehrten Drehtür“ im Europäischen Bankensektor

Die Laufbahnen der Exekutivdirektion in den Aufsichtsbehörden bieten aufschlussreiche Einblicke in die Struktur und das Innenleben des europäischen Bankensektors. Der überwiegende Teil der NSA-Direktorinnen und -Direktoren, nämlich 92%, war vor der Berufung in die Aufsichtsbehörde mindestens einmal im öffentlichen Sektor tätig, meist bei der Finanzaufsicht (69%). Gleichwohl haben auch 51% der NSA-Vorstände Erfahrung im privaten Sektor vorzuweisen, welche vier von zehn Vorständen in Finanzinstitutionen gesammelt haben. Das Gegenteil ist bei der Erfahrung der Bankvorstände der Fall, welche vornehmlich aus anderen Führungspositionen in der Privatwirtschaft rekrutiert werden. Diese Unterschiede deuten auf eine geringere Wechselbereitschaft unter Führungskräften aus der Finanzaufsicht hin. Möglicherweise sind hierfür die Anhäufung hochspezialisierter Wissens im Laufe dieser Karrieren sowie Präferenzen für einen stabilen Karriereweg mit geringer Arbeitsplatzunsicherheit die Gründe. Die Tatsache, dass etwa die Hälfte aller NSA-Vorstände vor ihrer Berufung Managementpositionen in derselben Institution innehatte, verdeutlicht den Eindruck fester Beförderungswege. Gleichzeitig enthüllen diese neu erhobenen Daten bemerkenswerte systematische Unterschiede zwischen einzelnen europäischen Bankenmärkten. Ein Aspekt ist, dass in neun der zehn betrachteten Länder seit 2002 auch ehemalige Banker in den Vorständen vertreten sind. „Umgekehrte Drehtüren“ sind also eher die Regel und nicht die Ausnahme in der europäischen Aufsichtskultur. Eine zweite Regelmäßigkeit ist, dass interne Karrierewege für ausgewählte Nationen typisch sind, zum Beispiel

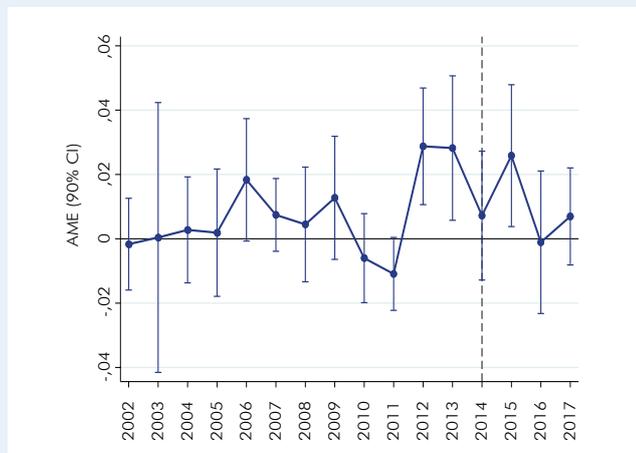
Frankreich, Deutschland und insbesondere Italien. In diesen sozio-ökonomischen Systemen herrscht historisch eher eine gewisse Tradition bürokratischer Karrieren vor, während im Gegensatz dazu die Vorstände der Aufsichtsbehörden in traditionell eher marktliberal orientierten Ökonomien, wie z. B. Großbritannien, davon gekennzeichnet sind, dass mehr NSA-Vorstände extern rekrutiert werden. Während der Studienabschluss in Wirtschaftswissenschaften am häufigsten anzutreffen ist, ist es zudem bemerkenswert, dass in den Ländern mit vornehmlich NSA-internen Beförderungen in den Vorstand auch die geringste Häufigkeit von Hochschulabschlüssen irgendeiner Fachrichtung zu verzeichnen ist.

Börsenreaktionen: Das Kapitalmarktecho auf neue Vorstände in der Finanzaufsicht

Als nächstes betrachtet die Studie die Auswirkung von Vorstandsernennungen in den NSAs auf Aktienkurse. Die Analyse verwendet einen Ereignisstudienansatz. Dabei werden gepoolte Regressionen spezifiziert, um die Differenz zwischen der realisierten und der erwarteten (normalen) Rendite eines Wertpapierpreises bei 123 Vorstandsernennungen zwischen 2002 und 2019 empirisch zu schätzen. Allgemeine Marktschwankungen und spezifische Bankeigenschaften werden dabei berücksichtigt, um ein genaues Bild der Marktreaktionen zu erhalten. Der empirische Befund zeigt, dass die Berufung von Personen ohne Finanzhintergrund durchschnittlich zu einem Rückgang der Aktienrenditen um 0,2% führt – ein statistisch signifikantes Ergebnis. Im Gegensatz dazu reagieren Aktienkurse positiv auf die Ernennung von Personen mit Finanzerfahrung. Ein signifikanter Wendepunkt ist die Einführung des SSM im Jahr 2014, was die Marktreaktionen auf Vorstandsernennungen maßgeblich beeinflusst hat. Seitdem sind die Reaktionen des Marktes auf Vorstandsernennungen gedämpfter. Dies deutet darauf hin, dass sich die Erwartungen an die Bankenaufsicht gewandelt haben. Die Analyse deckt zudem auf, wie politische Ereignisse und die Medienberichterstattung die Marktreaktionen beeinflussen. Besonders Ernennungen, die im Fokus der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit stehen, lösen stärkere Reaktionen an den Aktienmärkten aus. Dies unterstreicht die Bedeutung der öffentlichen Wahrnehmung und der Kommunikation in

Abbildung 1

Entwicklung der Kapitalquote in Bezug auf die Vorstandsstruktur der NSA und die vorherige Erfahrung der Führungskräfte im Finanzsektor über die Zeit



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

diesem Kontext. Interessanterweise zeigt die Untersuchung auch, dass der Kontext eines Vorstandswechsels – sei er geplant oder ungeplant – keinen ausschlaggebenden Einfluss auf die Marktreaktionen zu haben scheint. Vielmehr sind es die individuellen Eigenschaften und das Profil der ernannten Personen, die für die Marktteilnehmenden im Vordergrund stehen.

Bankergebnisse und der Einfluss der Aufsichtsbehörden

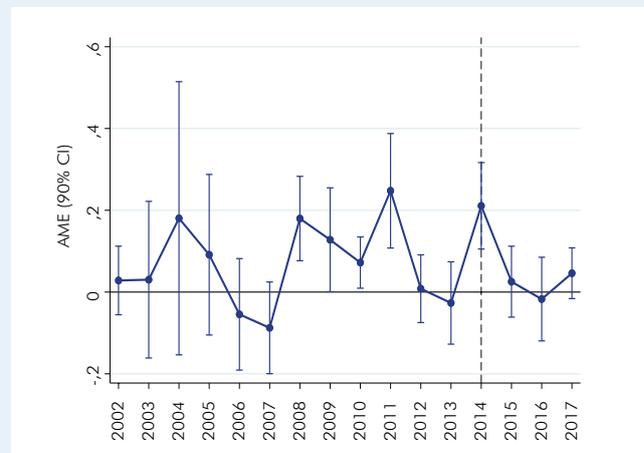
Die Untersuchung beleuchtet die entscheidende Rolle, die die Vorstandszusammensetzung der NSA für die finanziellen Ergebnisse der Banken spielt. Neben der Analyse von Aktienrenditen wird als nächstes untersucht, ob und wie sich die Fachkenntnisse und Erfahrungen der NSA-Vorstände auf Schlüsselindikatoren der Banken, wie Kapitalquote und Vermögenswachstum, auswirken.

Panelregressionen auf Bankebene zeigen, dass Vorstandsmitglieder mit Finanzerfahrung in den NSA eine leicht positive Korrelation mit der Kapitalquote der Banken aufweisen, auch wenn diese Effekte statistisch nicht signifikant sind (vgl. Abbildung 1).

Hervorzuheben ist jedoch das beobachtete stärkere Vermögenswachstum bei Banken, die von NSA mit ehemaligen Bankmanagern im Vorstand beaufsichtigt werden (vgl. Abbildung 2). Ein weiterer bemerk-

Abbildung 2

Entwicklung des Vermögenswachstums in Bezug auf die Vorstandsstruktur der NSA und die vorherige Erfahrung der Führungskräfte im Finanzsektor über die Zeit



Quelle: Berechnungen und Darstellung des IWH.

enswerter Punkt ist der Einfluss ehemaliger Aufscherinnen und Aufseher, die nun Vorstandsposten bei Banken innehaben. Während sich kein direkter Einfluss auf die Kapitalquote feststellen lässt, ist ein beschleunigtes Vermögenswachstum bei diesen Banken zu beobachten.

Die Rolle des SSM verdient eine besondere Beachtung. Die Analyse legt nahe, dass die Verbindung zwischen der Finanzerfahrung der NSA-Vorstandsmitglieder und der Kapitalquote der Banken seit der Einführung des SSM an Bedeutung gewinnt. Hingegen zeigen die jährlichen Ergebnisse für das Wachstum der Aktiva seit der Einführung keine klaren Trends. Insgesamt legt die Analyse nahe, dass Aufsichtsbehörden mit einem hohen Anteil an ehemaligen Finanzexpertinnen und -experten vor Einführung des SSM eine weniger strenge Regulierung verfolgten. Es zeigte sich, dass Banken unter solchen Aufsichtsbehörden tendenziell geringere regulatorische Eigenkapitalquoten und ein schnelleres Vermögenswachstum aufwiesen. Nach der Implementierung des SSM, der die Aufsichtsbefugnisse von den nationalen Behörden auf die Europäische Zentralbank (EZB) verlagerte, schwächten sich diese Trends ab.

Fazit

"Umgekehrte Drehtüreffekte" sind eher die Regel als die Ausnahme im europäischen Bankensektor

und haben möglicherweise weitreichende Auswirkungen auf die Aufsichtspraxis. Etwa ein Drittel der Exekutivdirektion in den Aufsichtsbehörden kommt aus der Finanzindustrie. Ihre Ernennung führt zu positiven Reaktionen am Aktienmarkt, was auf eine „Näheprämie“ hindeutet, aber auch Risiken einer nachsichtigeren Aufsicht birgt. Vor der Einführung des SSM war diese nachsichtigeren Aufsicht deutlich erkennbar. Weitere Forschung ist notwendig, um die vollständigen Auswirkungen dieses Phänomens auf die Finanzstabilität und die Effektivität der Bankenaufsicht zu erfassen.² 



Noel Nietzold

ehemaliger Praktikant der Abteilung
Finanzmärkte

nietzoldn@yahoo.de



Professor Michael Koetter, Ph.D.

Stellvertretender Präsident, Leiter der
Abteilung Finanzmärkte

Michael.Koetter@iwh-halle.de

² Die ausführliche Originalfassung dieses Artikels erschien am 8. März 2024 in der WirtschaftsWoche.

Rent-Sharing und Energiekosten: In welchem Umfang geben Industrieunternehmen Gewinne und Verluste an ihre Beschäftigten weiter?

Matthias Mertens, Steffen Müller, Georg Neuschäffer

Diese Studie untersucht, wie die betrieblichen Erträge zwischen deutschen Industrieunternehmen und ihren Beschäftigten aufgeteilt werden. Dafür werden Energiepreisänderungen auf Unternehmensebene und die daraus resultierenden Veränderungen im Unternehmensertrag betrachtet. Wir finden heraus, dass höhere Energiepreise die Löhne drücken und dass ein Rückgang bei den Erträgen um 10% zu einem Rückgang der Löhne um 2% führt. Dieser Zusammenhang ist asymmetrisch, was bedeutet, dass die Löhne nicht von Senkungen der Energiepreise profitieren, aber durch Energiepreiserhöhungen sinken. Kleine Unternehmen geben Schwankungen im Ertrag stärker an die Beschäftigten weiter als Großunternehmen.

JEL-Klassifikation: C26, J30, P18

Schlagwörter: Energiekosten, Lohnungleichheit, Rent-Sharing

Was ist Rent-Sharing und warum ist es interessant?

Lohnungleichheit ist ein zentrales Thema in den Wirtschaftswissenschaften und erfährt auch in anderen Sozialwissenschaften wie der Soziologie oder Politikwissenschaft große Aufmerksamkeit. Die Lohnungleichheit in Deutschland stieg von der Mitte der 1990er Jahre bis 2010 dramatisch an. Aufgrund der zentralen Rolle der Lohnungleichheit und der Tatsache, dass der Lohnsatz einer der wichtigsten Preise in einer Marktwirtschaft ist, wurden das Ausmaß und die Ursachen der Lohnungleichheit in zahlreichen wissenschaftlichen Artikeln untersucht. Die gängige ökonomische Theorie besagt, dass die Lohnungleichheit die Unterschiede in der Produktivität der Beschäftigten widerspiegelte. Eine hohe Lohnungleichheit deutet daher auf erhebliche Produktivitätsunterschiede zwischen den Beschäftigten hin. Das Modell des wettbewerbsorientierten Arbeitsmarktes geht davon aus, dass gewinnorientierte Unternehmen den marktüblichen Lohn pro Qualifikationsgruppe zahlen und Personal einstellen, bis der Grenzertrag eines zusätzlichen Arbeitnehmers (d. h. seine Produktivität) diesem Marktlohn entspricht. Daher wird im Lehrbuchfall angenommen, dass Beschäftigte mit ähnlichen Qualifikationen unabhängig von ihrem Arbeitsort ähnliche Löhne erhalten. Auch Ost-West-Lohnunterschiede wären somit ausschließlich die Folge unterschiedlicher Produktivität.

Zahlreiche internationale Studien dokumentieren jedoch, dass gleich produktive Angestellte von verschiedenen Arbeitgebern unterschiedliche Löhne erhalten (Abowd et al. 1999, Card et al. 2013, Card et al. 2016, Song et al. 2019, Card et al. 2018).¹ Solche dauerhaften Lohnunterschiede zwischen Unternehmen für die gleiche Arbeit deuten auf unvollkommene Arbeitsmärkte hin, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Marktmacht im Lohnbildungsprozess besitzen und Beschäftigungsrenditen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber anfallen. Unternehmen sind sehr unterschiedlich produktiv, und die Aufteilung der Beschäftigungsrenditen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen (das Rent-Sharing) bietet eine potenziell wichtige Erklärung für die Lohnunterschiede zwischen Unternehmen für vergleichbare Arbeitnehmer.

Ausmaß und Bestimmungsgründe von Rent-Sharing zu kennen, erlaubt nicht nur wichtige Rückschlüsse

1 Vgl. Abowd, J. M.; Kramarz, F.; Margolis, D. N.: High Wage Workers and High Wage Firms, in: *Econometrica*, Vol. 67 (2), 1999, 251–333. – Card, D.; Heining, J.; Kline, P.: Workplace Heterogeneity and the Rise of West German Wage Inequality, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 128 (3), 2023, 967–1015. – Card, D.; Cardoso, A. R.; Kline, P.: Bargaining, Sorting, and the Gender Wage Gap: Quantifying the Impact of Firms on the Relative Pay of Women, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 131 (2), 2016, 633–686. – Song, J.; Price, D. J.; Guvenen, F.; Bloom, N.; Von Wachter, T.: Firming Up Inequality, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 134 (1), 2019, 1–50. – Card, D.; Cardoso, A. R.; Heining, J.; Kline, P.: Firms and Labor Market Inequality: Evidence and Some Theory, in: *Journal of Labor Economics*, Vol. 36 (S1), 2018, S13–S70.

auf die Ursachen von Lohnungleichheit. Wird Rent-Sharing nachgewiesen, wird damit auch nachgewiesen, dass der betreffende Arbeitsmarkt nicht vollkommenem Wettbewerb unterworfen ist. Die vorliegende Studie zeigt zudem, wie Energiepreisänderungen auf die betriebliche Produktivität und die Löhne wirken.² In paralleler Arbeit zeigen wir, dass Gewerkschaften und betriebliche Mitbestimmung wesentlich die relative Marktmacht von Unternehmen und Beschäftigten und somit Rent-Sharing beeinflussen.³

Wie kann man Rent-Sharing messen?

Grundsätzlich misst Rent-Sharing den Zusammenhang zwischen betrieblichen Erträgen und Löhnen. Die theoretische Grundlage bilden Verhandlungsmodelle für unvollkommene Arbeitsmärkte, aus denen sich ableiten lässt, dass der Lohn die Summe aus den Alternativlöhnen (*outside options*) der Beschäftigten und ihrem Anteil an den betrieblichen Überschüssen ist. Eine erste Herausforderung ist, dass Alternativlöhne nicht beobachtbar sind. Jedoch wird in der Forschung angenommen, dass Beschäftigte den regionalen, branchenüblichen Lohn für die jeweilige Tätigkeit als Alternativlohn betrachten. Liegen Informationen zu Löhnen und Erträgen (in unserer Studie gemessen als die Arbeitsproduktivität) vor, besteht eine zweite Herausforderung darin, Unterschiede beispielsweise in der Belegschaftsstruktur herauszurechnen. Wir lösen beide Probleme, indem wir den Zusammenhang zwischen Veränderungen der Erträge und Veränderungen der Löhne auf Unternehmensebene für Unternehmen im gleichen regionalen Arbeitsmarkt untersuchen und somit sicherstellen, dass zeitkonstante Unterschiede zwischen Unternehmen und Änderungen in den regionalen Alternativlöhnen keinen Einfluss mehr auf unsere Regressionsergebnisse haben können.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass der Zusammenhang zwischen Löhnen und Erträgen in beide Richtungen gehen kann, zum Beispiel, weil höhere Löhne motivierend wirken können und dadurch zu einer höheren Produktivität führen können. Um sicher-

zustellen, dass wir den kausalen Effekt von Ertragsänderungen auf Lohnänderungen messen, ist es entscheidend, exogene – also nicht durch Unternehmensentscheidungen verursachte – Variationen der betrieblichen Überschüsse auf Unternehmensebene erfassen zu können. Zu diesem Zweck berechnen wir Veränderungen in unternehmensspezifischen Energiepreisen als Kombination aus dem Energieträgermix des Unternehmens in einer Vorperiode und den aktuellen Preisänderungen der Energieträger auf nationaler Ebene. In dem Maße, wie sich Unternehmen in ihrem Energieträgermix unterscheiden, führen einheitliche Preissteigerungen für bestimmte Energieträger zu unterschiedlichen Preiseffekten auf Unternehmensebene. Steigt zum Beispiel der Erdgaspreis an, sind vor allem Unternehmen betroffen, die in starkem Maße Erdgas nutzen.

Die so berechneten unternehmensspezifischen Energiepreisänderungen dienen als Instrumentvariablen für die betrieblichen Erträge. Anders ausgedrückt: Für die finale Schätzung des Zusammenhangs zwischen Lohn- und Ertragsänderungen auf Firmenebene wird ausschließlich die Variation in den Ertragsänderungen genutzt, die durch nicht von einzelnen Unternehmen beeinflussbare Schwankungen der Energiepreise verursacht wird.

Rent-Sharing in der deutschen Industrie ist bedeutsam und asymmetrisch

Eine deskriptive Analyse der Datenbasis (Amtliche Firmendaten für Deutschland) zeigt zunächst, dass Strom auf Unternehmensebene der wichtigste Energieträger ist, gefolgt von Erdgas und leichtem Heizöl. Über die Hälfte des Verbrauchs (in kWh) entfällt auf Strom, etwa 30% auf Erdgas und 14% auf leichtes Heizöl.⁴ Die Industrieunternehmen unterscheiden sich stark sowohl in ihrer Energieintensität als auch in ihrem Energiemix. Zum Beispiel nutzt mehr als ein Viertel der Unternehmen kein Erdgas, während in anderen Unternehmen Erdgas mehr als 70% des Energiebedarfs deckt. Veränderungen im Energiemix innerhalb von Unternehmen waren trotz Preisänderungen kaum zu beobachten. Bezüglich der Energieintensität, gemessen in kWh pro Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) und Jahr,

2 Der vorliegende Beitrag basiert auf *Mertens, M.; Müller, S.; Neuschäffer, G.*: Identifying Rent-sharing Using Firms' Energy Input Mix. *IWH-Diskussionspapier 19/2022*. Halle (Saale) 2022.

3 Vgl. *Dobbeleare, S.; Hirsch, B.; Müller, S.; Neuschäffer, G.*: Organized Labor, Labor Market Imperfections, and Employer Wage Premia. *ILR Review*, Vol. 77 (3), 2024, 396-427.

4 Diese Werte sind auf Unternehmensebene berechnet und berücksichtigen daher nicht, dass der Energiemix großer und kleiner Unternehmen unterschiedlich sein könnte. Der Energiemix der gesamten Industrie weicht daher von diesen Werten ab.

verbraucht ein Unternehmen am 90. Perzentil etwa das zwanzigfache eines Unternehmens am 10. Perzentil. Im Beobachtungszeitraum (2003 bis 2017) stiegen die unternehmensspezifischen Energiepreise im Durchschnitt um 3,1% pro Jahr an.

Unser Hauptergebnis ist eine Rent-Sharing-Elastizität von 0,2. Diese Elastizität misst den prozentualen Zusammenhang zwischen Ertragsänderungen und Löhnen: Eine zehnpromtente Abnahme im Ertrag (hier gemessen als Wertschöpfung pro Vollzeitäquivalent) führt im selben Jahr zu einer zweipromtentlichen Senkung des Lohnes pro Beschäftigtem (Vollzeitäquivalent). Wenn hier von Lohnsenkung gesprochen wird, ist vor allem ein geringeres Lohnwachstum gemeint und nicht zwangsläufig eine Reduktion des Lohns. Eine Elastizität von 0,2 liegt im internationalen Vergleich am oberen Ende der Skala. Vergleicht man das Ergebnis jedoch nur innerhalb der kleinen Gruppe von Studien, die in der Lage sind, exogene Variationen in den Erträgen auf Unternehmensebene abzubilden, sind die deutschen Werte moderat. So wurden beispielsweise für die USA und das Vereinigte Königreich Elastizitäten von 0,5 oder höher gemessen.

Wir finden zudem heraus, dass dieser Zusammenhang für kleinere Unternehmen deutlicher ausgeprägt ist als für große Unternehmen. Kleinere Unternehmen geben Schwankungen im Ertrag stärker an die Beschäftigten weiter als Großunternehmen – sicherlich auch eine Folge von Tarifverträgen, die Flexibilität bei den Löhnen einschränken und eher in größeren Unternehmen verbreitet sind. Interessant ist auch, dass Ertragssteigerungen nicht in Lohnerhöhungen umgewandelt werden. Somit ist das Rent-Sharing – zumindest wenn es durch Kostenänderungen getrieben ist – in der deutschen Industrie asymmetrisch: steigende Kosten führen zu sinkenden Löhnen, aber sinkende Kosten erhöhen die Löhne nicht.

Auswirkungen von Energiepreisänderungen auf Unternehmensebene

Obwohl nicht im Fokus der Studie, sind vor dem Hintergrund der jüngsten Energiepreisschocks auch die direkten Effekte der Energiepreisänderungen auf Löhne und auf die Produktivität von großem Interesse. In diesem Zusammenhang finden wir heraus, dass eine zehnpromtente Erhöhung der firmenspezifischen Energiepreise die Arbeitsproduktivität um 1,1% senkt. Die Unternehmen reduzieren dabei die Produktion, jedoch nicht ihre Beschäftigung.

Auch die Beschäftigtenstruktur bleibt konstant. Die gleiche Erhöhung der Energiepreise senkt die Löhne um 0,3%, während Senkungen der Energiepreise keine Erhöhung der Löhne bewirken. Somit profitieren Beschäftigte nicht von sinkenden Energiepreisen. Bei steigenden Energiepreisen wachsen ihre Löhne jedoch langsamer als die ihrer Kolleginnen und Kollegen in anderen, nicht oder weniger stark von Energiepreisteigerungen betroffenen, aber sonst vergleichbaren Unternehmen.

Arbeitsmarktmacht ist wichtig, Verteilungseffekte in der ‚grünen Transformation‘ mitdenken

Die vorliegende Studie zeigt, dass Arbeitsmärkte unvollkommen sind und dass in der deutschen Industrie Lohnsetzungsmacht existiert. Die erheblichen Produktivitätsunterschiede zwischen den Unternehmen wirken sich über das Rent-Sharing auf die Löhne aus. Weniger produktive Unternehmen sind in der Lage, dauerhaft niedrigere Löhne an vergleichbare Beschäftigte zu zahlen als produktive Unternehmen. Dies hat nicht nur direkte Auswirkungen auf die Lohnungleichheit, sondern bedeutet auch, dass weniger produktive Unternehmen aufgrund der unvollkommenen Arbeitsmärkte auf dem Markt überleben können. Im Gegensatz dazu würden viele dieser Unternehmen bei einem einheitlichen Marktlohn mit stark steigenden Lohnkosten konfrontiert und müssten entweder ihre Produktivität erhöhen oder den Markt verlassen. Unter der Annahme, dass die Beschäftigten nach dem Marktaustritt des Unternehmens zu produktiveren Unternehmen wechseln würden, würde die gesamtwirtschaftliche Produktivität in beiden Fällen steigen. Als Ursache für die Arbeitsmarktmacht wird in der Regel die Arbeitgebermarktmacht (so genannte Monopsonmacht) diskutiert. Diese führt nicht nur zu niedrigeren Löhnen, sondern auch zu ineffizient kleinen Unternehmen. In parallelen Untersuchungen finden wir heraus, dass Arbeitgeber in den letzten Jahrzehnten tatsächlich über mehr Marktmacht als Arbeitnehmer verfügten, aber Gewerkschaften und insbesondere Betriebsräte die Macht der Arbeitnehmer erhöhten.⁵ Der zunehmende Arbeitskräfte-

⁵ Vgl. *Dobbeleare, S.; Hirsch, B.; Müller, S.; Neuschäffer, G.*, a. a. O., sowie *Hirsch, B.; Müller S.*: Firm Wage Premia, Industrial Relations, and Rent Sharing in Germany, in: *ILR Review*, Vol. 73 (5), 2020, 1119-1146.

mangel dürfte dieses Machtgefüge zugunsten der Arbeitnehmer verschieben. Möglicherweise ist die steigende Anzahl von Streiktagen ein erster Hinweis auf diese Entwicklung.

Verteilungseffekte aufgrund steigender Energiepreise werden üblicherweise im Zusammenhang mit steigenden Preisen für den privaten Energieverbrauch oder indirekt durch steigende Lebensmittelpreise diskutiert. So wurden im Zuge der Energiepreisschocks nach dem russischen Überfall auf die Ukraine Entlastungspakete für private Haushalte geschnürt. Die vorliegende Studie zeigt jedoch, dass steigende Energiepreise auch Auswirkungen auf die Löhne haben. Unternehmen, die von steigenden Energiepreisen betroffen sind, geben einen Teil der zusätzlichen Kosten über die Löhne an ihre Beschäftigte weiter. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die vorliegende Studie aufgrund fehlender Aktualität der Daten nicht in der Lage ist, die drastischen Veränderungen der Energiepreise der letzten Jahre am aktuellen Rand zu berücksichtigen. Es ist zu erwarten, dass Unternehmen auf diese starken und möglicherweise dauerhaften Veränderungen der Energiepreise mit Maßnahmen zur Energieeinsparung und Anpassungen im Energiemix reagieren werden. Wie sich veränderte Marktmacht und Anpassungen im Energieeinsatz auf die Löhne auswirken, wird daher auch in Zukunft Gegenstand der Forschung sein. 



Dr. Matthias Mertens

IWH, Massachusetts Institute of Technology

Matthias.Mertens@iwh-halle.de



Professor Dr. Steffen Müller

Leiter der Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Steffen.Mueller@iwh-halle.de



Dr. Georg Neuschäffer

Data Scientist bei der About You SE&Co. KG

georg.neuschaeffer@web.de

Meldungen



Mit Leibniz-AA-Programm für drei Monate an der Deutschen Botschaft in Panama

Vorstandsreferentin **Vera Wolter** bringt seit April ihre Fachkenntnisse an der Deutschen Botschaft in Panama-Stadt ein und bekommt dafür Einblicke in den dortigen Arbeitsalltag. Möglich gemacht hat dies das Wissenschaftshospitationsprogramm von Leibniz-Gemeinschaft und Auswärtigem Amt. Es bietet Personal aus dem Wissenschaftsmanagement von Leibniz-Einrichtungen die Möglichkeit eines drei- bis sechsmonatigen Aufenthalts an einer deutschen Vertretung im Ausland.



Ein herzlicher Empfang jahrzehntelang

Nur wenige Menschen haben so lange am IWH gearbeitet wie sie: Nach fast 30 Jahren hat sich **Katrin Pitzschk** Ende März in den Ruhestand verabschiedet. Sie war eine verlässliche und geschätzte Mitarbeiterin der Bibliothek und zugleich das freundliche Gesicht am Empfang des Instituts. Ihre herzliche Art wird uns fehlen. Alles Gute für den neuen Lebensabschnitt und viel Gesundheit, liebe Katrin Pitzschk!



Stipendium für gute Wissenschaftskommunikation

Pressereferent **Rafael Barth** gehört zum ersten Jahrgang des **WissKomm-Kollegs**, einem Lern- und Reflexionsprogramm für Menschen aus Journalismus, Forschung und Kommunikation. Ziel ist, die Wissenschaftskommunikation als Basis für evidenzbasierte Entscheidungen in Politik und Gesellschaft zu stärken. Das Stipendium wird vergeben von Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. und Claussen-Simon-Stiftung zusammen mit weiteren Partnern, darunter die VolkswagenStiftung.

Meldungen



Fantastischer 2. Platz beim Halleschen Firmenlauf für die IWH DOKTO-RUN-DINNEN

Beim diesjährigen [Halleschen Firmenlauf](#) haben die IWH DOKTO-RUN-DINNEN einen fantastischen 2. Platz belegt. Ebenfalls erfolgreich nahmen die Gruppen IWH BANK RUNNERS, IWH RESEARCH RACERS und IWH GROWTH SPRINTERS teil. Insgesamt waren 128 Staffeln bei den Frauen am Start. Unter den 241 Männerteams war die Firma Oehlschlegel Sieger vor den Mitarbeitern der Deutschen Bahn InfraGo und der Autobahn GmbH des Bundes. Der Hallesche Firmenlauf startete am Mittwoch, dem 5. Juni, um 16:15 Uhr auf der Peißnitzinsel mit dem Startschuss durch Dr. Judith Marquardt, der Beigeordneten für Kultur und Sport der Stadt Halle (Saale).

Veranstaltungen



Mittwoch, 6. März 2024, IWH, Halle (Saale)
Eine CO₂-neutrale Zukunft: Wie kann das funktionieren?

Dieser Frage widmete sich die Konferenz am IWH. Zum Auftakt sprach Staatssekretär [Sven Giegold](#) (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) via Zoom.



Donnerstag, 25. April 2024, IWH, Halle (Saale)
Girls' Day 2024

Am Mädchen-Zukunftstag bot das IWH spannende Einblicke und lud Schülerinnen ein, mit IWH-Expertinnen und -experten ins Gespräch zu kommen und an Experimenten teilzunehmen, die die Forschung am Institut spielerisch erklären.



Montag, 3. Juni 2024, Leopoldina, Halle (Saale)
Europa-Debatte: Europas Populisten im Aufwind: Ökonomische Ursachen und demokratische Herausforderungen

Hat das Erstarken von populistischen Parteien ökonomische Ursachen? In einer Gemeinschaftsveranstaltung der Leopoldina und des IWH diskutierten hierzu Paula Diehl, Everhard Holtmann, Michael Zürn, Steffen Müller und Reint E. Gropp. Über 70 Gäste beteiligten sich intensiv mit Fragen. Reint Gropp resümierte: „Wir wissen nicht so genau, was wir tun können, um den Stimmenanteil populistischer Parteien weltweit zu reduzieren. Das ist eine bittere, aber wahre Erkenntnis.“

Veranstaltungen



UPCOMING: Montag, 17. und Dienstag, 18. Juni 2024, IWH, Halle (Saale)

IWH Workshop on Forecasting in Times of Structural Change and Uncertainty

In an era where forecasts serve as crucial components for decision-making in both the public and private sectors, the accuracy and sophistication of forecasting tools have never been more important.



UPCOMING: Donnerstag, 20. und Freitag, 21. Juni 2024, Central Bank of Malta

13th CompNet Annual Conference

The Competitiveness Research Network (CompNet), the Halle Institute for Economic Research (IWH) and the Central Bank of Malta are organising the 13th CompNet Annual Conference on "Competitiveness and Firm Productivity in a Disintegrating Global Economy". Keynote Speakers: [Gianmarco Ottaviano](#) (Bocconi University) and [Jonathan Haskel](#) (Imperial College London).



UPCOMING: Donnerstag, 4. und Freitag, 5. Juli 2024, IWH, Halle (Saale)

14th Summer Conference in Regional Science of the German Speaking Section of the European Regional Science Association "Successful Transformation in Times of Multiple Crises"

The current situation in the world is characterised by multiple crises that seem to reinforce each other. Climate change and excessive exploitation of natural resources require a significant reorganisation of the economy and the society as a whole.



UPCOMING: Donnerstag, 19. September 2024, IWH, Halle (Saale)

Policy Talk mit Jörg Dittrich

Der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, [Jörg Dittrich](#), wird am 19. September bei uns zu Gast sein. An seinen Vortrag schließt sich eine Diskussion mit IWH-Präsident [Reint E. Gropp](#) an. Im Anschluss gibt es Gelegenheit für Publikumsfragen.

Publikationen

Journal of Financial Economics

Political Ideology and International Capital Allocation

E. Kempf, M. Luo, L. Schäfer, Margarita Tsoutsoura

>>Does investors' political ideology shape international capital allocation? We provide evidence from two settings – syndicated corporate loans and equity mutual funds – to show ideological alignment with foreign governments affects the cross-border capital allocation by U.S. institutional investors. ...<<

Journal of Economic Geography

The Geography of Information: Evidence from the Public Debt Market

B. Francis, Iftekhar Hasan, M. Waisman

>>We investigate the link between the spatial concentration of firms in large, central metropolitans (i.e. urban agglomeration) and the cost of public corporate debt. ...<<

Journal of International Economics

Surges and Instability: The Maturity Shortening Channel

Xiang Li, D. Su

>>Capital inflow surges destabilize the economy through a maturity shortening mechanism. The underlying reason is that firms have incentives to redeem their debt on demand to accommodate the potential liquidity needs of global investors, which makes international borrowing endogenously fragile. ...<<

British Accounting Review

External Social Networks and Earnings Management

M. Fang, B. Francis, Iftekhar Hasan, Q. Wu

>>Using a sample of U.S. listed firms for the 2000–2017 period, we examine how external social networks of top executives and directors affect earnings management in their firms. We find that well-connected firms are more aggressive in managing earnings through both accruals and real activities and that the results are robust after controlling for internal executive social ties. ...<<

Journal of Banking and Finance

The Effect of Bank Failures on Small Business Loans and Income Inequality

S. Contreras, A. Ghosh, Iftekhar Hasan

>>Using variation in the timing and location of branches of failed banks we analyze its effect on income inequality. Employing a difference-in-differences specification we find that bank failures increased the GINI by 0.3 units (or 0.7%). We show that the rise in inequality is due to a decrease in the incomes of the poor that outpaces declines of the rest. ...<<

Journal of Banking and Finance

Corporate Culture and Firm Value: Evidence from Crisis

Y. Fang, F. Fiordelisi, Iftekhar Hasan, W. S. Leung, G. Wong

>>Based on the Competing Values Framework (CVF), we score 10-K text to measure company culture in four types (collaborative, controlling, competitive, and creative) and examine its role in firm stability. We find that firms with higher controlling culture fared significantly better during the 2008–09 crisis. ...<<

Publikationen

Journal of Economic Behavior & Organization

Hollywood, Wall Street, and Mistrusting Individual Investors

G. Lenz, Maximilian Mayer

>>Individual investors reduce their trading activity in financial markets after the release of negatively biased Hollywood movies related to financial markets. These movies regularly depict financial markets and professionals active in them as marked by greed and corruption (Lichter et al. 1997). ...<<

Journal of International Accounting, Auditing and Taxation

The Effect of Foreign Institutional Ownership on Corporate Tax Avoidance: International Evidence

Iftekhhar Hasan, I. Kim, H. Teng, Q. Wu

>>We find that foreign institutional investors (FIIs) reduce their investee firms' tax avoidance. We provide evidence that the effect is driven by the institutional distance between FIIs' home countries/regions and host countries/regions. ...<<

American Economic Association Papers and Proceedings

Robots and Female Employment in German Manufacturing

Liuchun Deng, Steffen Müller, Verena Plümpe, Jens Stegmaier

>>We analyze the impact of robot adoption on female employment. Our analysis is based on novel micro data on robot use by German manufacturing establishments linked with social security records. An event study analysis for robot adoption shows increased churning among female workers. ...<<

American Economic Association Papers and Proceedings

Males Should Mail? Gender Discrimination in Access to Childcare

H. Hermes, P. Lergepöporer, F. Mierisch, F. Peter, Simon Wiederhold

>>This study investigates discrimination against women when searching and applying for childcare in a nationwide field experiment. We send emails from fictitious parents to 9,313 childcare centers in Germany inquiring about access to childcare. ...<<

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 4/2024

Is Risk the Fuel of the Business Cycle? Financial Frictions and Oil Market Disturbances

Christoph Schult

IWH-Diskussionspapiere Nr. 5/2024

The Effects of the Iberian Exception Mechanism on Wholesale Electricity Prices and Consumer Inflation: A Synthetic-controls Approach

M. H. Ruiz, Christoph Schult, C. Wunder

IWH-Diskussionspapiere Nr. 6/2024

Forecasting Economic Activity Using a Neural Network in Uncertain Times: Monte Carlo Evidence and Application to the German GDP

Oliver Holtemöller, Boris Kozyrev

Diskussionspapiere

IWH-Diskussionspapiere Nr. 7/2024

Do Public Bank Guarantees Affect Labor Market Outcomes? Evidence from Individual Employment and Wages

L. Baessler, G. Gebhardt, Reint E. Gropp, Andre Guettler, A. Taskin

IWH-Diskussionspapiere Nr. 8/2024

Import Shocks and Voting Behavior in Europe Revisited

Annika Backes, Steffen Müller

IWH-Diskussionspapiere Nr. 9/2024

Climate Stress Tests, Bank Lending, and the Transition to the Carbon-neutral Economy

L. Fuchs, Huyen Nguyen, T. Nguyen, K. Schaeck

IWH-Diskussionspapiere Nr. 10/2024

Inflation Concerns and Green Product Consumption: Evidence from a Nationwide Survey and a Framed Field Experiment

Sabrina Jeworrek, Lena Tonzer

IWH-Diskussionspapiere Nr. 11/2024

Who Benefits from Place-based Policies? Evidence from Matched Employer-Employee Data

P. Grunau, Florian Hoffmann, T. Lemieux, Mirko Titze

IWH-Diskussionspapiere Nr. 12/2024

How Do EU Banks' Funding Costs Respond to the CRD IV? An Assessment Based on the Banking Union Directives Database

Thomas Krause, Eleonora Sfrappini, Lena Tonzer, C. Zgherea

IWH-Diskussionspapiere Nr. 13/2024

Application Barriers and the Socioeconomic Gap in Child Care Enrollment

H. Hermes, P. Lergetporer, F. Peter, Simon Wiederhold

IWH-Diskussionspapiere Nr. 14/2024

Early Child Care, Maternal Labor Supply, and Gender Equality: A Randomized Controlled Trial?

H. Hermes, M. Krauß, P. Lergetporer, F. Peter, Simon Wiederhold

IWH-Diskussionspapiere Nr. 15/2024

Do Politicians Affect Firm Outcomes? Evidence from Connections to the German Federal Parliament

André Diegmann, L. Pohlen, A. Weber

IWH-Diskussionspapiere Nr. 16/2024

Regulating Zombie Mortgages

J. Lee, D. D. Nguyen, Huyen Nguyen

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 7/2024

IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten steigt im Februar deutlich

>>Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften klettert im Februar auf den höchsten Wert seit Beginn der Erhebung durch das IWH im Jahr 2016. Rekordwerte sind vor allem im Süden Deutschlands zu verzeichnen. ...<<

IWH-Pressemitteilung 8/2024

Risiko im Bankensektor: Vier von zehn Top-Aufsehern stammen aus Finanzindustrie

>>Europas Banken erzielen Überrenditen am Aktienmarkt, wenn ihre Beschäftigten in den Vorstand der Finanzaufsichtsbehörde wechseln. Das kommt häufiger vor als bekannt, zeigt eine Studie des IWH. Der Befund deutet auf ein Risiko für die Finanzstabilität hin. ...<<

IWH-Pressemitteilung 9/2024

Inflationssorgen wirken sich negativ auf nachhaltiges Konsumverhalten aus

>>Studie untersuchte Einflussfaktoren für den Kauf umweltfreundlicher Produkte. ...<<

IWH-Pressemitteilung 10/2024

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024: Gegenwind aus In- und Ausland: Institute revidieren Prognose deutlich nach unten

>>Die Wirtschaft in Deutschland ist aus Sicht der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute angeschlagen. In ihrem Frühjahrsgutachten revidieren sie ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich nach unten und erwarten nun nur noch einen Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 0,1%. Im Herbstgutachten standen noch 1,3% in Aussicht. ...<<

IWH-Pressemitteilung 11/2024

Vorsprung des Wachstumstempos in Ostdeutschland gegenüber dem im Westen geht zurück – Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2024 für die ostdeutsche Wirtschaft

>>Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland mit 0,5% expandiert haben, während sie in Deutschland insgesamt um 0,3% geschrumpft ist. Für das Jahr 2024 rechnet das IWH für Ostdeutschland mit einem Zuwachs von wiederum 0,5%, für 2025 mit 1,5%. ...<<

IWH-Pressemitteilung 12/2024

IWH-Insolvenztrend: Zahl der Firmenpleiten im März abermals auf Rekordniveau

>>Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften ist im März auf einen weiteren Höchstwert gestiegen. Nie seit Beginn der Erhebung durch das IWH im Januar 2016 gab es mehr Firmenpleiten. Allerdings ist ein Ende des Anstiegs der Insolvenzzahlen in Sicht. ...<<

IWH-Pressemitteilung 13/2024

Chinesische Massenimporte stärken extreme Parteien

>>Die Globalisierung hat den politischen Rändern in Europa Stimmenzuwächse beschert. Eine Studie des IWH belegt erstmals Langzeitfolgen gestiegener chinesischer Importe in europäische Länder: Vor allem rechtsextreme und populistische Parteien konnten in nationalen Wahlen vom so genannten China-Schock profitieren. ...<<

Pressemitteilungen

IWH-Pressemitteilung 14/2024

IWH-Insolvenztrend: Im April erneut Höchststand bei der Zahl der Unternehmensinsolvenzen, sehr viele Jobs betroffen

>>Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften ist im April den dritten Monat in Folge auf einen weiteren Höchstwert gestiegen. Auch die Zahl der betroffenen Arbeitsplätze ist außergewöhnlich hoch. Das Ende der Insolvenzwelle ist jedoch bereits in Sicht. ...<<

IWH-Pressemitteilung 16/2024

IWH-Insolvenztrend: Nach Höchstständen erstmals wieder Rückgang der Insolvenzzahlen im Mai

>>Wie das IWH in einer heute veröffentlichten Studie festgestellt hat, ist die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland im Mai erstmals seit November 2023 wieder gesunken. Ein weiterer Rückgang der Insolvenzzahlen ist bereits in Sicht, meinen die Forscher aus Halle. ...<<

IWH-Pressemitteilung 17/2024

Deutsche Wirtschaft noch in der Defensive – aber erste Anzeichen für ein Ende des Abschwungs

>>In der ersten Jahreshälfte 2024 vermehren sich für Deutschland die Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung. Im Sommerhalbjahr wird die Produktion aber wohl nur verhalten ausgeweitet. ...<<

Das IWH in den Medien

Reint Gropp: Interview: „Wahlergebnisse in Ostdeutschland“

in: Deutschlandfunk, Wirtschaft am Mittag, 11.06.2024

Steffen Müller: Bericht: „Insolvenzen sinken erstmals seit November“

in: Börsen-Zeitung, 06.06.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „Wirtschaft erwartet kein Sommermärchen durch Heim-EM“

in: Handelsblatt, 05.06.2024

Reint Gropp: Bericht: „Bringen Hightech-Milliarden jetzt den Osten in Schwung?“

in: n-tv, 01.06.2024

Reint Gropp: Bericht: „Mangelware Computerchips“

in: ARD Plusminus, 29.05.2024

Steffen Müller: Bericht: „Zahl der Firmenpleiten erreicht neuen Rekordwert“

in: Der Spiegel, 07.05.2024

Das IWH in den Medien

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Deutschland zahlt, die Uefa kassiert](#)“
in: Der Spiegel, 28.04.2024

Steffen Müller: Bericht: „[Chinesische Massenimporte stärken extreme Parteien in Europa](#)“
in: n-tv, 23.04.2024

Michael Koetter: Bericht bei Caren Miosga: „[Wofür steht die AfD, Herr Chrupalla?](#)“
in: Das Erste, 21.04.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Wie die Schuldenbremse reformiert werden könnte](#)“
in: Tagesschau, 10.04.2024

Steffen Müller: Bericht: „[So viele Firmenpleiten in Deutschland wie seit Jahrzehnten nicht](#)“
in: Handelsblatt, 10.04.2024

Reint Gropp: Bericht: „[Standortpolitik – wie man Firmen anlockt](#)“
in: ZDF, 08.04.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Wachstumsprognose für deutsche Wirtschaft massiv gesenkt](#)“
in: Manager Magazin, 27.03.2024

Reint Gropp: Podiumsdiskussion Nürnberger Gespräche: „[Wie bewältigen Regionen die digitale und ökologische Transformation?](#)“
in: Youtube, 13.03.2024

Michael Koetter: Gastbeitrag: „[Ein Jahr nach dem Bankenbeben: Wie die Finanzaufsicht reformiert werden sollte](#)“
in: Wirtschaftswoche, 11.03.2024

Steffen Müller: Bericht: „[Mehr Pleiten bei Logistikern: Es trifft auch familiengeführte Speditionen im Osten](#)“
in: Mitteldeutsche Zeitung, 07.03.2024

Oliver Holtemöller: Bericht der Tagesschau: „[Ampel will Rentenniveau in Zukunft durch Aktien](#)“
in: ARD, 05.03.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Professor rechnet vor, was uns die Fußball-EM bringt](#)“
in: Hamburger Abendblatt, 02.03.2024

Reint Gropp: Interview: „[Die Industrie fällt nicht weg, nur die Massenproduktion](#)“
in: Capital, 19.02.2024

Oliver Holtemöller: Bericht: „[Wie raus aus der Rezession? Was Deutschlands Top-Ökonomen von der Ampel fordern](#)“
in: Tagesspiegel, 16.02.2024

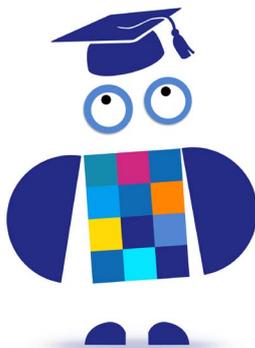
Personalien



Seit Anfang Mai 2024 verstärkt **Jannik Thomas Greif** die Abteilung Gesetzgebung, Regulierung und Faktormärkte. Den Master in Wirtschaftsinformatik schloss er 2022 an der **Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg** ab und leitet seit Anfang 2022 das **Magdeburger Experimentallabor für Wirtschaftsforschung (MaXLab)**. Durch Forschungsk Kooperationen zwischen der Universität Magdeburg und dem IWH kam er schließlich ans IWH.



Dr. Wolfgang Sender hat zum 15. Mai die Leitung des Bereichs Interne und externe Kommunikation übernommen. Nach einem journalistischen Volontariat absolvierte er sein Studium im Bereich Politikwissenschaft in Leipzig, Berlin und Bonn. 2011 wurde er an der **Freien Universität Berlin** mit einer empirischen Forschung zur russischen Außenpolitik promoviert. Es folgten verschiedene Tätigkeiten im Medienbereich sowie in Forschung, Kommunikation und Beratung im In- und Ausland.



Promotionen im Jahr 2023:

Joschka Waibel, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: **Three Essays on Unethical Behavior: The Role of Generalized Reciprocity, Discrimination and Norms**, Februar 2023.

William McShane, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: **The Competitive Effects of Financial Fragility**, November 2023.

Ruben Staffa, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: **Investors' Beliefs and Politics: The Expectations of Sovereign Creditors and their Effects on Macroeconomic Outcomes**, November 2023.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Denise Dörries, M.A.
Layout und Satz: Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 738/721
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Denise.Doerries@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: vier Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Justin Wilkens @jwilkens –
unsplash.com

Wirtschaft im Wandel, 30. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Juni 2024

ISSN 2194-2129

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.